<http://www.integration-in-deutschland.de/cln_117/sid_F0BA0A7418227561E2FDB869BD8D4F7A/SubSites/Integration/DE/00__Home/home-node.html?__nnn=true>

|  |  |
| --- | --- |
| 1949 | Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland tritt in Kraft. Unter dem Eindruck der Erfahrungen aus der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland sieht es in Artikel 16 ein Asylrecht als individuell einklagbares Recht mit Verfassungsrang vor. Mit Artikel 116 Abs.1 wird die Grundlage für den Zuzug der Spätaussiedler nach Deutschland geschaffen. |
| 1955 | Deutschland und Italien schließen das erste Anwerbeabkommen zur Arbeitskräfterekrutierung. |
| 1956 | Der EWG-Vertrag schafft die Grundlage für die Freizügigkeit der Unionsbürger (zunächst nur für Arbeitnehmer aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft). |
| 1960 | Anwerbeabkommen mit Spanien und Griechenland. |
| 1961 | Weitere Anwerbeabkommen mit anderen Ländern, beispielsweise der Türkei, werden vereinbart. Durch den Bau der Mauer wird der Zustrom von Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik unterbrochen. |
| 1963 | Anwerbeabkommen mit Marokko. |
| 1964 | Anwerbeabkommen mit Portugal. **10.09.** Der einmillionste Gastarbeiter, Armando Rodriguez aus Portugal, trifft auf dem Bahnhof Köln-Deutz ein. Er wurde von Repräsentanten der deutschen Arbeitgeberverbände Willkommen geheißen. |
| 1965 | Anwerbeabkommen mit Tunesien. |
| 1967 | Die Zahl der Fortzüge liegt höher als die der Zuzüge von Gastarbeitern. |
| 1968 | Anwerbeabkommen zwischen dem damaligen Jugoslawien und der Bundesrepublik Deutschland. In der DDR werden Anwerbeabkommen mit damals sozialistischen Ländern geschlossen: u.a. Ungarn, Polen, Algerien, Kuba, Mosambik, Vietnam. |
| 1969 | Die italienischen Gastarbeiter stellen die größte Nationalitätengruppe ausländischer Arbeitnehmer. |
| 1970 | Höhepunkt der Gastarbeiteranwerbung in Deutschland mit knapp 1 Million Zuzügen. Die Schwerpunkte der Zuwanderung von Arbeitskräften sind die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Hessen. |
| 1973 | Anwerbeabkommen zwischen Vietnam und der DDR zur Lösung des Arbeitskräfte-Mangels in der DDR-Wirtschaft. Für maximal fünf Jahre arbeiten vietnamesische Gastarbeiter in industriellen Ballungsgebieten, wie Chemnitz, Dresden und Erfurt.   Mit 605.000 Arbeitnehmern stellen die türkischen Zuwanderer die größte Ausländergruppe in Deutschland. Bevorzugte Beschäftigungsgebiete für ausländische Arbeitskräfte sind Gastronomie, Baugewerbe, Metallindustrie, Autoindustrie, Bergbau. **23.11.** Das Bundeskabinett verfügt in der Folge der so genannten Ölkrise und der sich eintrübenden Wirtschaftslage den so genannten Anwerbestopp. Mit 2,6 Millionen Gastarbeitern ist der deutsche Arbeitsmarkt gesättigt. Der Zustrom von Gastarbeitern aus Nicht-EG-Staaten, vor allem der Türkei, soll unterbunden werden. |
| 1974 | Die Zahl der Fortzüge liegt höher als die der Zuzüge. |
| 1978 | **01.10.** Durch die Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Ausländergesetz verfestigt sich der Aufenthaltsstatus ausländischer Arbeitnehmer: unbefristete Aufenthaltserlaubnis nach fünfjährigem und Aufenthaltsberechtigung nach achtjährigem Aufenthalt. Außerdem wird der Arbeitsmarktstatus ausländischer Arbeitnehmer durch die Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung angeglichen (unbefristete besondere Arbeitserlaubnis nach achtjährigem Aufenthalt). **22.11.** Ministerpräsident a.D. Heinz Kühn wird als erster Beauftragter der Bundesregierung für die Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien berufen. |
| 1979 | **29.08.** Start eines Programms für ausländische Flüchtlinge: Die im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommenen Flüchtlinge (Kontingentflüchtlinge) werden Asylberechtigten gleichgestellt, ohne dass sie ein Asylverfahren durchlaufen müssen. |
| 1980 | Weitere Anwerbeabkommen zwischen Vietnam und der DDR.  Nachdem die Asylbewerberzahlen bereits seit Mitte der 70er Jahre deutlich angestiegen waren, kommt es mit über 107.000 Antragstellern zu einer Verdoppelung im Vergleich zum Vorjahr mit damals etwas über 50.000. Es wird zunehmend Kritik laut am Missbrauch des Asylrechts durch so genannte Wirtschaftsflüchtlinge. **18.06.** Sofortprogramm zur Begrenzung der Einreise "unechter" Asylbewerber: Maßnahmen zur Beschleunigung des Asylverfahrens, Versagung der Arbeitserlaubnis im ersten Jahr nach der Einreise sowie Einführung der Sichtvermerkspflicht für die Hauptherkunftsländer von Asylbewerbern. |
| 1982 | **01.08.** Das Asylverfahrensgesetz tritt in Kraft. Es enthält Regelungen mit dem Ziel einer Beschleunigung der Asylverfahren unter Wahrung des grundgesetzlich geschützten Asylrechts. **18.12.** Mit dem Inkrafttreten der 14. Verordnung zur Änderung des Ausländergesetzes wird die Sichtvermerkspflicht für Ausländer aus Nicht-EG-Staaten eingeführt, die sich länger als drei Monate in Deutschland aufhalten wollen. |
| 1983 | **01.12.**Das Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern tritt in Kraft. Es enthält: Rückkehrhilfe, Erstattung des Arbeitnehmeranteils zur gesetzlichen Rentenversicherung ohne Wartefrist, vorzeitige Verfügung über staatlich begünstigte Sparleistungen ohne Verlust der staatlichen Vergünstigungen, Abfindung von Anwartschaften in der betrieblichen Altersversorgung und Rückkehrberatung. |
| 1986 | **01.12.**Mit der 15. Verordnung zur Änderung des Ausländergesetzes wird der Transitsichtvermerk für Fluggäste aus bestimmten Problemstaaten auch für eine einmalige Zwischenlandung in Deutschland eingeführt. |
| 1987 | Durch die Öffnung Osteuropas und die dadurch verbesserten Ausreisemöglichkeiten steigt die Zahl der Aussiedler sprunghaft auf 78.498 an. |
| 1988 | Etwa 60.000 Vertragsarbeiter aus Vietnam und anderen sozialistischen Herkunftsländern, zum Beispiel Angola und Mosambik kommen in die DDR. Die Zahl der Aussiedler aus Osteuropa steigt in der Bundesrepublik weiter rapide an (jetzt auf 202.645). |
| 1990 | Neue Zuwanderergruppen prägen die Immigration nach Deutschland: Zuzug von deutschstämmigen Spätaussiedlern aus den ehemaligen Ostblockstaaten nach dem Fall des "Eisernen Vorhangs", Anstieg von Asylsuchenden und Flüchtlingen durch Kriege und gesellschaftliche Umbrüche sowie neue Formen von Arbeitsmigration: Saisonarbeitnehmer, Sonderregelungen für bestimmte Berufsgruppen (IT-Fachkräfte und Pflegepersonal).  Nach Sturz und Hinrichtung von Staats- und Parteichef Nicholae Ceaucescu lockert Rumänien seine Ausreisebestimmungen. 111.150 Rumäniendeutsche verlassen fluchtartig das Land. Die Zahl der Aussiedler steigt auf 397.073. Die größte Nationalitätengruppe stellen die Aussiedler aus Polen. **19.06.** Das [Schengener Durchführungsübereinkommen](http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Themen/Polizei/DatenundFakten/Die__Schengener__Uebereinkommen__Id__94636__de.html" \o "Externer Link: Externer Verweis zur Webseite des Bundesinnenministeriums/Schengener Durchführungsübereinkommen (Öffnet neues Fenster)" \t "_blank) wird unterzeichnet. |
| 1991 | **01.01.** Das Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts tritt in Kraft. Insbesondere für die erste und die zweite Gastarbeitergeneration wird im Ausländergesetz eine zunächst auf fünf Jahre befristete Möglichkeit eingeräumt, über Regelansprüche auf Einbürgerung („in der Regel“) die deutsche Staatsangehörigkeit unter erleichterten Bedingungen zu erwerben. |
| 1992 | Bisheriger Höhepunkt der Zuwanderung nach Deutschland: 1.219.348 Zuzüge.  Darunter befinden sich fast 440.000 Asylbewerber, von denen aber nur 4,25% tatsächlich asylberechtigt sind. Damit ist der historische Höchststand bei den Asylbewerberzahlen erreicht. Die Folgen sind eine zunehmend lange Verfahrensdauer und eine hohe Kostenlast bei den Kommunen für Unterbringung und Versorgung während des Asylverfahrens. Der hohe Anteil nicht asylberechtigter Antragsteller wirkt sich negativ auf die Akzeptanz des Asylgrundrechts in der Bevölkerung aus. Am Thema Asylmissbrauch entzündet sich eine heftige politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung über die Ausländer- und Asylpolitik. Es kommt zu Brandanschlägen und schweren Ausschreitungen vor allem gegen Asylbewerberunterkünfte und deren Bewohner. Als Gegenreaktion auf die zunehmenden Ausschreitungen gegen Ausländer drücken zahlreiche Menschen ihre Solidarität in Form von Kundgebungen und Lichterketten aus. **01.07.** Wesentliche Teile des Gesetzes zur Neuregelung des Asylverfahrens treten in Kraft. |
| 1993 | Die Bundesregierung (CDU/CSU/FDP) einigt sich am 6.12.1992 mit der SPD-Opposition im so genannten "Asylkompromiss" auf eine Asylrechtsreform: Mit der Änderung des Grundgesetzes durch Einfügung eines neuen Art. 16a Abs. 2 wird das Asylrecht eingeschränkt (Inkrafttreten am 30.6.1993). Der "Asylkompromiss" reagiert auf die sprunghaft angestiegene Zahl von Asylanträgen von Personen, die nicht vor politischer Verfolgung Schutz suchen, sondern über das Asylverfahren eine Aufenthaltsmöglichkeit in Deutschland zu erreichen suchen. Auf das Asylrecht soll sich nur noch derjenige berufen können, der tatsächlich auf Schutz vor politischer Verfolgung in Deutschland angewiesen ist.  Die bisherigen Regelansprüche auf Einbürgerung im Ausländergesetz werden in unbedingte Ansprüche ("ist auf Antrag einzubürgern") umgewandelt, die fortan unbefristet gelten.  Das Kriegsfolgen-Bereinigungsgesetz schafft neue Grundlagen für die Aufnahme von Aussiedlern deutscher Minderheiten aus Osteuropa. Ein kollektives Kriegsfolgenschicksal wird nun nur noch zugunsten deutscher Volkszugehöriger aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion vermutet; deutsche Volkszugehörige aus anderen Vertreibungsgebieten müssen ein Kriegsfolgenschicksal individuell glaubhaft machen. |
| 1994 | Die Zahl der Asylbewerber geht deutlich auf ca. 112.700 zurück. |
| 1997 | **01.11.** Das Gesetz zur Änderung ausländer- und asylverfahrensrechtlicher Vorschriften tritt in Kraft. Durch das Gesetz wird die Rechtsstellung der in Deutschland lebenden Ausländer verbessert, die Möglichkeiten von Ausweisung und Abschiebung krimineller Ausländer erleichtert und das Amt des Ausländerbeauftragten gesetzlich verankert. |
| 2000 | **01.01.** Wesentliche Regelungen des Gesetzes zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts treten in Kraft. Neben dem bisherigen Abstammungs- wird nun das Geburtsortsprinzip (Ius soli) eingeführt. Damit erhalten in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern unter bestimmten Bedingungen von Geburt an die deutsche Staatsangehörigkeit und damit bessere Integrationschancen. Für den Anspruch auf Einbürgerung wird die erforderliche Aufenthaltszeit auf acht Jahre verkürzt, ein Nachweis ausreichender deutscher Sprachkenntnisse eingeführt und eine Extremistenklausel als Versagungsgrund aufgenommen. **23.02.** Bundeskanzler Schröder startet auf der CeBIT seine GreenCard-Initiative. Für 20.000 ausländische Computerspezialisten wird der Anwerbestopp außer Kraft gesetzt. Eine neue Debatte um die Zuwanderung beginnt. **12.07.** Bundesinnenminister Otto Schily setzt eine überparteiliche Kommission ein, die praktische Lösungsvorschläge und Empfehlungen für eine neue Ausländer- und Zuwanderungspolitik erarbeiten soll. |
| 2001 | **04.07.** Der Abschlussbericht der unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ wird an Bundesinnenminister Otto Schily übergeben. **03.08.** Vorlage des Referentenentwurfs für ein Zuwanderungsgesetz. **20.12** Die unionsregierten Länder bekräftigen im ersten Durchgang des Gesetzentwurfs zur Zuwanderung ihre Ablehnung. |
| 2002 | **25.02.** Die Regierungskoalition macht gegenüber der CDU/CSU weitere Zugeständnisse und nimmt zahlreiche Forderungen der Union und des Bundesrates in den Entwurf des Zuwanderungsgesetzes auf. Die Union lehnt den Konsensvorschlag ab. **01.03.** Der Bundestag verabschiedet das Zuwanderungsgesetz mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die GRÜNEN. **22.03.** Der Bundesrat stimmt dem Zuwanderungsgesetz in einem umstrittenen Abstimmungsverfahren zu. Wegen eines geltend gemachten Formfehlers wird am 16. Juli das Bundesverfassungsgericht angerufen. **18.12.** Das Bundesverfassungsgericht entscheidet, dass das Zuwanderungsgesetz nicht rechtmäßig erlassen worden ist und stellt damit die Nichtigkeit des Gesetzes fest. |
| 2003 | **09.05.** Der Bundestag beschließt das unverändert eingebrachte Zuwanderungsgesetz erneut. **20.07.** Der Bundesrat stimmt dem Zuwanderungsgesetz erneut nicht zu, die Bundesregierung ruft daraufhin den Vermittlungsausschuss an. |
| 2004 | **25.05.** Einigung auf einen Kompromiss zum Zuwanderungsgesetz nach Gesprächen von Bundeskanzler Gerhard Schröder mit den Vorsitzenden von SPD, Grünen, FDP, CDU und CSU. Bundesinnenminister Otto Schily wird beauftragt, zusammen mit Unions-Verhandlungsführer Ministerpräsident Peter Müller und Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein einen Gesetzentwurf zur formulieren. **01.07.** Der Deutsche Bundestag verabschiedet das Zuwanderungsgesetz. **09.07.** Annahme des Zuwanderungsgesetzes im Bundesrat. |
| 2005 | **01.01.** Das Zuwanderungsgesetz tritt in Kraft. **18.03.** Gesetz zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes und weiterer Gesetze (BGBl. I S. 721) tritt in Kraft. Es diente der Abstimmung des Zuwanderungsgesetzes auf zeitgleich verabschiedete Gesetze. **11.11.** Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und der SPD ist eine Evaluierung des Zuwanderungsgesetzes vereinbart worden. Dabei ist zu untersuchen, ob die mit dem Zuwanderungsgesetz verfolgten Ziele erreicht worden sind und ob ggf. Verbesserungsbedarf besteht. |
| 2006 | **30./31.03.** Praktiker-Erfahrungsaustausch zur Evaluierung des Zuwanderungsgesetzes im Bundesministerium des Innern. **Sommer** Der Evaluierungsbericht des Bundesministeriums des Innern zum Zuwanderungsgesetz wird dem Deutschen Bundestag vorgelegt. |
| 2007 | **28.03.** Kabinettbeschluss über den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union mit dem sowohl das Aufenthaltsgesetz als auch das Freizügigkeitsgesetz / EU, das Asylverfahrensgesetz und weitere Gesetze und Verordnungen geändert werden. **Sommer** Dem Gesetzesentwurf wird von Deutschen Bundestag (14. Juni) und dem Bundesrat (6. Juli) zugestimmt. Der Bundespräsident fertigt das Gesetz am 19. August aus, es tritt mit weiten Teilen am 28. August in Kraft. |

|  |  |
| --- | --- |
| 1955 | Germany and Italy sign the first bilateral agreement on labour recruitment. |
| 1956 | The Treaty establishing the European Economic Community creates the foundation for the free movement of citizens (initially only for employed persons from the member states of the European Economic Community). |
| 1960 | Labour recruitment agreements with Spain and Greece. |
| 1961 | Additional labour recruitment agreements are signed, for example with Turkey.  The Berlin Wall cuts off the flow of migration from the German Democratic Republic to the Federal Republic of Germany. |
| 1963 | Labour recruitment agreement with Morocco. |
| 1964 | Labour recruitment agreement with Portugal.10.09.Armando Rodriguez of Portugal is the one-millionth foreign worker to arrive in Germany. He is met at the Cologne-Deutz train station and welcomed by representatives of the German employers' association. |
| 1965 | Labour recruitment agreement with Tunisia. |
| 1967 | The number of those leaving exceeds the number of foreign workers coming to Germany. |
| 1968 | Labour recruitment agreement between Yugoslavia and the Federal Republic of Germany. The German Democratic Republic signs labour recruitment agreements with other communist countries, including Hungary, Poland, Algeria, Cuba, Mozambique and Vietnam. |
| 1969 | Italians make up the largest group of foreign workers in West Germany. |
| 1970 | High-water mark of foreign labour recruitment in Germany, with nearly 1 million foreign workers entering. Most foreign workers are employed in the states of North-Rhine/Westphalia, Baden-Württemberg, Bavaria and Hesse. |
| 1973 | Labour recruitment agreement between Vietnam and the German Democratic Republic to resolve labour shortages in the East German economy. Vietnamese workers are allowed to work in industrial centres such as Chemnitz, Dresden and Erfurt for a maximum of five years. The 605,000 Turkish workers constitute the largest group of foreign workers in Germany. Foreign workers are employed above all in the food service industry, construction, mining, automobile and steel and metalworking industries.23.11.As a result of the oil shortage and subsequent economic slowdown, the Federal Cabinet orders a stop to further recruitment of foreign labour. With 2.6 million foreign workers, the German labour market is saturated. The Federal Government hopes to end the flow of workers from non-EC countries, especially Turkey. |
| 1974 | The number of those leaving exceeds the number of foreign workers coming to Germany. |
| 1978 | **01.10.** The general administrative regulations for the Foreigners Act are amended, clearly defining the residence status of foreign workers: permanent residence permit granted after five years, right of unlimited residence after eight years. The Work Permit Ordinance brings the labour market status of foreign workers into line with their residence status (permanent special work permit after eight years of residence). **22.11.** Former Minister-President Heinz Kühn is appointed the first Federal Government Commissioner for the Integration of Foreign Workers and Their Dependents. |
| 1979 | **29.08.** A programme for foreign refugees is initiated: Refugees admitted in the context of humanitarian aid (quota refugees) are given the same status as persons entitled to asylum, without having to go through asylum procedures. |
| 1980 | Further labour recruitment agreements between Vietnam and the GDR.Following significant increases since the mid-1970s, the number of asylum applications doubles in one year, from just over 50,000 in 1979 to 107,000 in 1980. There is growing criticism of abuse of the right to asylum by "economic refugees". **18.06.** Emergency programme to restrict the number of "bogus" asylum seekers entering the country: measures to speed up the asylum process, denial of work permits during the first year after entry and introduction of visa requirements for those countries from which the most asylum seekers are coming. |
| 1982 | **01.08.** The Asylum Procedure Act goes into effect. It contains regulations intended to speed up the asylum application procedure while protecting the constitutional right to asylum. **18.12.** The 14th ordinance amending the Foreigners Act goes into effect, requiring visas for foreigners from non-EC countries for stays of longer than three months. |
| 1983 | **01.12.** Legislation intended to encourage foreigners to return to their countries of origin goes into effect. The legislation includes repatriation assistance, immediate reimbursement of employee contributions to the statutory pensions system, early access to state subsidized savings without financial penalty, compensation for accrued rights to occupational pensions, and advising. |
| 1986 | **01.12.** The 15th ordinance amending the Foreigners Act goes into effect, introducing transit visas for airline passengers from particular problem countries travelling via Germany. |
| 1987 | Greater freedom to travel and emigrate from Eastern Europe leads the number of ethnic German immigrants to jump to 78,498. |
| 1988 | Roughly 60,000 contract workers from Vietnam and other communist countries such as Angola and Mozambique enter the GDR. The number of ethnic Germans leaving Eastern Europe to settle in the Federal Republic continues to rise (to 202,645 in 1988). |
| 1990 | Immigration to Germany changes composition, with new groups of ethnic Germans from the former Eastern bloc countries after the fall of the Iron Curtain, a growing number of asylum seekers and refugees from war and social upheaval, as well as new forms of labour migration: seasonal workers and special regulations for certain occupational groups (IT specialists, health care workers). Following the overthrow and execution of Romanian leader Nicolae Ceausescu, Romania makes it easier for citizens to emigrate; 111,150 ethnic German Romanians flee the country. The number of ethnic German immigrants from Eastern Europe rises to 397,073, with the greatest number coming from Poland. **19.06.** The Convention Implementing the [Schengen Agreement](http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Common/Anlagen/Themen/Europa__Internationales/DatenundFakten/Schengen__Agreement,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Schengen_Agreement.pdf) is signed. (SDÜ, PDF 292 KB) |
| 1991 | **01.01.** The Act Amending the Foreigners Law goes into effect.Particularly the first and second generation of foreign workers benefit from the possibility offered by the Foreigners Act with a limited applicability of five years to acquire German citizenship more easily on the basis of a relative legal entitlement to naturalization. |
| 1992 | Immigration to Germany sets a new record: 1,219,348 new admissions. This includes nearly 440,000 asylum seekers, the highest number on record; only 4.25% actually qualify for asylum. The consequences are longer processing times for asylum applications and higher costs to local authorities for accommodation and care for applicants awaiting decision. The high proportion of applicants who are not eligible for asylum undermines public acceptance for the constitutional right of asylum. The issue of asylum abuse leads to acrimonious political and social debate over policy on foreigners and asylum. In some cases, asylum seekers are physically attacked and their residences set on fire. In reaction to growing numbers of such attacks, numerous people express their solidarity with foreigners in the form of rallies and candlelight vigils. **01.07.** Key elements of legislation to reorganize asylum procedures take effect. |
| 1993 | The Federal Government, made up of a coalition of Christian Democrats, Free Democrats and the Christian Social Union (CDU, CSU and FDP), agrees with the Social Democratic opposition to reform asylum law: A new Article 16a, para. 2 is added to the Basic Law to limit the right of asylum (effective 30 June 1993). This "asylum compromise", as it is known, comes in reaction to the massive growth in asylum applications from persons not seeking refuge from political persecution, but rather hoping to use the asylum process as a way to gain residence in Germany. The amended law is intended to allow only those persons who truly need protection from political persecution to claim asylum in Germany. The relative legal entitlement to naturalization of the Foreigners Act becomes an absolute legal entitlement ("shall be naturalized upon application") without any limited application. Legislation concerning the consequences of war establishes new criteria for admitting ethnic German immigrants from Eastern Europe. It operates on the assumption of a collective fate as a consequence of war only for ethnic Germans from the territory of the former Soviet Union. Ethnic Germans who were subject to expulsion in other areas require proof of persecution and discrimination in each individual case. |
| 1994 | The number of asylum applicants drops significantly to around 112,700. |
| 1997 | **01.11.** The Act to Amend Foreigners and Asylum Provisions goes into effect. The Act improves the legal status of foreigners living lawfully in Germany, facilitates the expulsion and deportation of criminal foreigners and puts the office of the Federal Government Commissioner for Foreigners' Issues on a new legal basis. |
| 2000 | **01.01.** Key elements of legislation to reorganize nationality law take effect. In addition to the principle of descent, the principle of birthplace (in Latin: jus soli) is introduced for the acquisition of citizenship. Under certain circumstances, children of foreign parents born in Germany acquire German citizenship upon their birth and have better opportunities for integration. The period of residence in Germany required for foreign nationals to be entitled to naturalization is reduced to eight years, applicants must prove adequate knowledge of the German language, and a special clause preventing extremist foreigners from becoming naturalized German citizens is introduced. **23.02.** Federal Chancellor Schröder announces his Green Card initiative at the CeBIT computer trade show in Hanover creating an exception to the ban on the recruitment of foreign labour for 20,000 foreign computer specialists. A new debate on immigration begins. **12.07.** Federal Minister of the Interior Otto Schily calls together a non-partisan commission to come up with practical solutions and recommendations for a new policy on foreigners and immigration. |
| 2001 | **04.07.** The independent commission on immigration presents its final report to Federal Minister of the Interior Otto Schily. **03.08.** The ministerial draft of proposed legislation on immigration is presented. **20.12.** In the first round of the parliamentary process, the German states governed by the opposition parties express strong opposition to the draft legislation. |
| 2002 | **25.02.** The governing coalition agrees to numerous changes proposed by the opposition Christian Democrats and Christian Social Union as well as the Bundesrat. The CDU and CSU reject the proposed compromise. **01.03.** The Bundestag passes the Immigration Act with support from the Social Democrats (SPD) and Alliance 90/The Greens. **22.03.** The Bundesrat adopts the Immigration Act in a controversial voting procedure. Due to a procedural error, however, the opposition calls for a ruling from the Federal Constitutional Court on 16 July. **18.12.** The Federal Constitutional Court decides that the Immigration Act was passed improperly and is invalid. |
| 2003 | **09.05.** The Bundestag again passes the Immigration Act without further changes. **20.07.** The Bundesrat again rejects the Act, forcing the Federal Government to send it to the Mediation Committee. |
| 2004 | **25.05.** After talks between Federal Chancellor Gerhard Schröder and the chairs of the SPD, Alliance 90/The Greens, FDP, CDU and CSU, the Federal Government and the opposition are able to reach a compromise on the Immigration Act. Federal Interior Minister Otto Schily is assigned to work with CDU/CSU negotiator Minister-President Peter Müller and Bavarian Interior Minister Dr Günther Beckstein to redraft the bill. **01.07.** The Bundesrat passes the Immigration Act. **09.07.** The Immigration Act is approved by the Bundesrat. |
| 2005 | **01.01.** The Immigration Act goes into effect. **18.03.** The Act Amending the Residence Act and other acts (Federal Law Gazette I, p. 721) goes into effect. It is intended to coordinate the Immigration Act with other legislative acts passed at the same time. **11.11.** In their Coalition Agreement, the CDU, CSU and SPD agree on an evaluation of the Immigration Act. This is intended to determine whether the Immigration Act has achieved the desired aims and whether further improvement is needed. |
| 2006 | **30./31.03.** Practitioners share their experience on evaluating the Immigration Act in the Federal Ministry of the Interior. **Sommer** The Federal Ministry of the Interior presents its evaluation of the Immigration Act to the German Bundestag. |
| 2007 | **28.03.** Cabinet decision on a bill to implement residence- and asylum-related directives of the European Union amending the Residence Act, the Freedom of Movement Act/EU, the Asylum Procedure Act and other acts and ordinances. **Summer** The bill is adopted by the German Bundestag (14 June) and the Bundesrat (6 July). The Federal President promulgates the act on 19 August, and most parts of the act enter into force on 28 August. |